

## NACHRICHTEN

## Agrotreibstoff aus Nahrungsmitteln

Der grüne Nationalrat Girod Bastien hat in einer Motion gefordert, dass der Agrotreibstoff nur dann von der Reduktion der Mineralölsteuer profitieren würde, wenn er keine Nahrungsmittelproduktion konkurrenzieren. Der Nationalrat folgte der Empfehlung des Bundesrates und lehnte die Motion mit 70 zu 93 Stimmen ab. In dieselbe Richtung zielte die Motion der sozialdemokratischen Fraktion. Diese forderte, dass das Mineralölsteuergesetz so ausgestaltet werde, dass Nahrungsmittel nicht bedrängt werden. Zudem erteilt die Motion dem Bundesrat den Auftrag, sich auch im Ausland politisch dafür einzusetzen, dass die Agrotreibstoffproduktion umwelt- und sozialverträglich ist. Diese Motion wurde mit 78 zu 76 Stimmen knapp vom Nationalrat angenommen. *det*

## Milchpreis steigt – Blockade bleibt

Der Milchpreis für den Monat Mai liegt in Frankreich zwischen 25 und 28 Cent. Im April waren es zwischen 20 und 23 Cent. Die Proteste und Blockaden von Verteilzentren und Fabriken gehen dennoch weiter. Die protestierenden Bauern verlangen einen Milchpreis von mindestens 30,5 Cent. Seit Donnerstag blockieren deshalb rund 7000 Bauern 41 grosse Verteilzentren, um auf die enormen Margen der Grossverteiler hinzuweisen. In den Regalen der Grossverteiler dürften einzelne Produkte übers Wochenende knapp werden, teilt die Nachrichtenagentur AFP mit. Als einziges Gebiet nicht betroffen scheint die Ile-de-France, also die Region um die Hauptstadt Paris, zu sein. *sam*

## Effiziente Lebensmittelsicherheit

Der SVP-Nationalrat Hannes Germann wollte den Bundesrat beauftragen, im Bereich der Lebensmittel- und Produktsicherheit für mehr Effizienz zu sorgen. Er forderte, Stellen auf Bundesebene zusammenzuführen und den Vollzug zu vereinfachen. Die Motion wollte die Prozesse für Bewilligungen und Ähnliches vereinfachen. Die Kommission beantragte die Ablehnung, da das Zusammenführen von Bundesämtern und Institutionen im Moment unangebracht sei. Auch der Bundesrat sprach sich gegen die Motion aus. So folgte der Nationalrat dem Bundesrat und der Kommission und lehnte die Motion ab. *det*

## D: Austritte aus dem Bauernverband

Am Donnerstag fand in München eine Kundgebung eines losen Zusammenschlusses von Ehrenamtsträgern im Bauernverband statt, um die Austrittswelle aus dem Bauernverband und aktuelle Probleme zu diskutieren. Vor rund 1000 Bauern erklärte die Gruppe, sie wollte den Verband in seiner Meinung zur Milchpolitik verändern. Die Spitze müsse endlich auf die Basis hören, wie diese zur Mengensteuerung stehe. Die Gruppe akzeptiere nicht, dass sich der Deutsche Bauernverband öffentlich gegen eine Milchmengenregulierung ausgesprochen habe, ist auf topagrar.com zu lesen. *det*

## EINSPESIERVERGÜTUNG: Nationalrat Adrian Amstutz (SVP/BE) kämpft gegen unsinnige Richtlinien

## Kein schnelles Geld mit Ökostrom

*Schnelles Geld ist mit erneuerbarer Energie trotz kostendeckender Einspeisevergütung (KEV) kaum zu verdienen. Unvorhergesehene Kosten und zum Teil unsinnige Richtlinien schmälern die Rentabilität.*

SAMUEL KRÄHENBÜHL

Mehr erneuerbare Energie wäre eigentlich besser, könnte man meinen. Darum wird beispielsweise für Biogasanlagen auch eine KEV bezahlt. Wenn allerdings eine Anlage 120 Prozent oder mehr Strom produziert, als in der Anmeldung angegeben wurde, dann gibt es keine KEV mehr von der Nationalen Netzgesellschaft Swissgrid. «Falls die Angaben über den Anlagestandort abweichen oder die Angaben über die Anlageleistung im Zeitpunkt der Inbetriebnahmemeldung mehr als 20 Prozent von der angegebenen Nennleistung in der Anmeldung abweichen, widerrufen die nationale Netzgesellschaft ihren Bescheid», heisst es im Artikel 3 der Richtlinie. Auf gut Deutsch heisst das: Wenn sich während der Planung herausstellt, dass eine Anlage ein wesentlich höheres (oder auch tieferes) Produktionspotenzial hat, dann muss Swissgrid das Gesuch neu beurteilen.

## Unnötige Verzögerung

Die Produktion von mehr erneuerbarer Energie wird also «bestraft» – oder zumindest



Die 450 m<sup>2</sup> grosse Solarstromanlage von Werner Kernen in Wohlen BE kostete 614 750 Franken und rentiert voraussichtlich erst in mehr als zwanzig Jahren. (Bild: sam)

stark verzögert. Kein Verständnis für diese Regelung hat Nationalrat Adrian Amstutz (SVP/BE). In einer Interpellation will er deshalb vom Bundesrat wissen, wie dieser Richtwert von 20 Prozent zustande kommt. «Nimmt der Bundesrat eine Verzögerung der Förderung neuer erneuerbarer Energien in Kauf, indem er mit der geltenden Praxis wirtschaftlich und ökologisch interessanten Biomasseprojekten die KEV verweigert?», will Amstutz wissen.

## Kosten höher als erwartet

Aber auch sonst sind die oft von Landwirten gebauten An-

lagen zur Produktion von erneuerbarer Elektrizität trotz Einspeisevergütung kein Weg zum schnellen Geld. «Ich bin jetzt 60 Jahre alt. Vermutlich werden erst meine Kinder etwas an unserer Solarstromanlage verdienen», erklärt Werner Kernen, Bauer aus Wohlen bei Bern. Am vergangenen 5. März 2009 ging seine Anlage mit einer Jahresleistung von 53 000 Kilowattstunden ans Netz.

Alleine die Solarpanels kosteten ihn 376 326 Franken. Die ganze Anlage von 450 m<sup>2</sup> auf dem bestehenden Scheunendach mit allen Dachdeckerarbeiten kostete 534 000 Franken.

Der Elektriker verlangte 13 000 Franken.

## Auditor für 1200 Franken

Er sei sich bewusst gewesen, dass er mit der Solaranlage nicht das schnelle Geld verdienen könne. Und ihm sei es als Atomkraftgegner auch nicht ums Geld gegangen. Dann stellte sich aber noch heraus, dass die bestehende Freileitung der Bernischen Kraftwerke (BKW) nicht ausreichte, um den Strom abzutransportieren. Es musste also eine neue Leitung im Boden gebaut werden, für die ihm die BKW 67 000 Franken in Rechnung stellten. Ein «Auditor», der für eine Viertelstunde

auf den Hof kam, um die Anlage, die als Gewerbe gilt, zu beglaubigen, wollte auch noch 1200 Franken. Das wurde Kernen aber mit der Zeit doch langsam zu viel. Nach Verhandlungen habe er ihm dann «nur» noch 750 Franken bezahlen müssen.

Damit kostete die ganze Anlage 614 750 Franken. Dank der KEV ist ihm ein Strompreis von 73 Rappen während 25 Jahren zugesagt. Das ergibt bei der angenommenen Jahresleistung von 53 000 kw/h einen Ertrag von 38 690 Franken pro Jahr. Sogar ohne Zinsen, Unterhaltskosten oder Versicherungen einzuberechnen, hat er also erst nach 16 Jahren die Investition amortisiert. Kernens Elementarschadenversicherung für die Solaranlage kostet zum Beispiel 650 Franken pro Jahr. Und auch Unterhaltsarbeiten könnten teuer werden. «Eben musste ich einen Blitzschutz für 7500 Franken nachrüsten, und wenn einer der Wechselrichter kaputt geht, kostet mich der Ersatz gar 25 000 Franken», erzählt er.

Vermutlich werde er also wohl erst in 20 oder mehr Jahren etwas verdienen, also als Achtzigjähriger. Und bisher habe er auch noch keinen Zahltag bekommen, obschon die Anlage seit März schon 25 000 kw/h produziert hat. Kernen nimmt es aber mit Humor: «Wenn man auch nichts dabei verdient, hat man immerhin auch nicht so viel damit zu tun. Bei der Milchproduktion verdient man auch nichts, hat dabei aber noch viel Arbeit.»

## SPANIEN: Katastrophale Arbeitsbedingungen in Südspanien

## Moderne Sklavenhaltung

Vertreter einer südspanischen Gewerkschaft machten im Bundeshaus auf die Bedingungen der Tagelöhner aufmerksam.

DANIEL ETTER

Am vergangenen Dienstag waren zwei Vertreter der südspanischen Gewerkschaft für LandarbeiterInnen SOC (Sindicato de Obreros del Campo Sindicato Andaluz de Trabajadores) im Bundeshaus zu Gast. Die beiden Vertreter der SOC machten auf die Situation der Immigranten, die als Tagelöhner in der Landwirtschaft arbeiten, aufmerksam. Die Arbeiter hätten Anrecht auf einen Mindestlohn von 44 Euro pro Tag, kriegten aber in der Realität lediglich 20 bis 30 Euro.

Die Wirtschaftskrise hat auch Auswirkungen auf die Tagelöhner. «Die Arbeiter bieten sich schon zu zweit für 30 Euro pro Tag auf der Strasse an», sagt Spitou Mendy vom SOC. Die Landbesitzer würden die Tagelöhner erbarmungslos ausnützen. Dabei handle es sich um moderne Sklaverei, die von den Detailhandelsfirmen toleriert würden, so Mendy.

## Lebensbedingungen

Nicht nur die Bezahlung ist extrem schlecht, sondern auch die Lebensbedingungen. Den ganzen Tag arbeiten die Tagelöhner in grosser Hitze oder in mit Pflanzenschutzmitteln versuchten Gewächshäusern. Nach getaner Arbeit würden sie nicht in die Dörfer gehen. Die Tagelöhner sind in den Dörfern



Abdelkader Chacha und Spitou Mendy setzen sich für die Rechte der Landarbeiter in Südspanien ein. (Bild: det)

nicht erwünscht, und die finanzielle Situation würde es auch nicht zulassen. «Den Tagelöhnern bleibt nichts anderes übrig, als in den Gewächshäusern zu wohnen», erklärt Mendy.

## Bildung als Waffe

Die SOC will mit Bildung und Information bessere Bedingungen der Immigranten erreichen. Über 80% seien Analphabeten und hätten keine Ahnung, welche Rechte sie haben. Das Projekt will die Bildung der Immigranten fördern, so dass sie einen Vertrag lesen, unterzeichnen und sich für ihre Rechte einsetzen können.

Die Liberalisierung der Weltmärkte bergen grosse Gefahren für die unterste Schicht der Landarbeiter. Dabei werde der Druck erhöht und die Moral der Handelspartner würde zusätzlich sinken. Je weiter weg die von der eigentlichen Produktion die Handelspartner ansässig

seien, umso weniger würden sich diese um die Produktionsbedingungen kümmern. Einzig eine Personenfreizügigkeit wäre von Vorteil. Die Arbeiter aus Nordafrika oder Lateinamerika würden viel in ihre Reise investieren und könnten es sich nicht mehr leisten, wieder zurückzukehren, erklärte Mendy.

Die von den Tagelöhnern produzierten Produkte werden oft exportiert. Durch die unmenschlichen Arbeitsbedingungen sind die Erzeugnisse sehr günstig und bedrängen auch Schweizer Produkte stark. Mendy ist überzeugt, dass nur Labels, die den fairen Handel abgelden, Abhilfe schaffen würde. Vertreter der Schweizer Landwirtschaft wiesen am Treffen darauf hin, dass die inländische Produktion viele soziale Auflagen zu erfüllen und daher höhere Produktionskosten habe. Fairer Handel sei deshalb zu unterstützen.

## BUNDESRAATSWAHLEN

## Wer wird Nachfolger von Bundesrat Pascal Couchepin?

FDP-Bundesrat Pascal Couchepin tritt zurück. Sein Nachfolger könnte bei einer Rochade im Bundesrat auch Landwirtschaftsminister werden. Und in der FDP gäbe es auch bäuerliche Kandidaten für das Amt.

SAMUEL KRÄHENBÜHL

Es ist allerdings noch überhaupt nicht sicher, dass die FDP den Sitz so einfach wird verteidigen können. Denn die Fraktionen der CVP und der FDP sind ähnlich stark. Die CVP/EVP/glp-Fraktion hält als zweitgrösste Gruppe im Parlament am Anspruch auf einen zweiten Bundesratsitz fest. Dies teilte sie am Freitag mit. Und auch bei der SVP ist nicht klar, ob auf Couchepin wieder ein FDP-Bundesrat folgt. «Die SVP hat als wählerstärkste Partei Anspruch auf einen zweiten Bundesratsitz»,

heisst es in einer Mitteilung. Die Partei werde entscheiden, wann sie diesen Anspruch einlöst.

Bei den letzten Wahlen waren mit Ueli Maurer und Hansjörg Walter bäuerliche Kandidaten in der Schlussausmarchung. Innerhalb der FDP-Bundeshausfraktion gibt es drei bäuerliche Vertreter aus der Westschweiz. Darunter hätte wohl Bauernverbandsdirektor Jacques Bourgeois (FR) die besten Chancen. Der Neuenburger Laurent Favre gilt als zu jung und zu unerfahren. Der Walliser Jean-René Germanier, der gleichzeitig im Bauernverbandsvorstand und im Migros-Verwaltungsrat sitzt, dürfte wohl vor allem für Migros-nahe Kreise ein attraktiver Kandidat sein. Als Deutschschweizer schlechtere Karten haben der St. Galler Walter Müller und der Solothurner Regierungsrat Christian Wanner.

Wen wünschen Sie als Bundesrat? Stimmen Sie ab unter [www.schweizerbauer.ch](http://www.schweizerbauer.ch).



Der ehemalige Landwirtschaftsminister gab sich wie hier an der Olma auch mal tiernah. (Bild: Simon Marti)